

57. Baltisches Historikertreffen 2004

5. - 6. Juni 2004

Göttingen

I. Öffentliche Sitzung

Der Erste Vorsitzende Dr. Dr. h.c. Gert **von Pistohlkors** eröffnete die **öffentliche Sitzung** der BHK mit einem Dank an die Georg - August - Universität, die es der BHK gestattete, auch das diesjährige Treffen vor 35 bis 55 Teilnehmern in Räumen des Geisteswissenschaftlichen Zentrums („Blauer Turm“) kostenlos durchzuführen. Mit Dankbarkeit kann vermerkt werden, dass aus Mitteln des BKM (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) die Dissertation von Christina **Kupffer** unter dem Titel „*Geschichte als Gedächtnis. Der livländische Historiker und Jurist Friedrich Konrad Gadebusch (1719 - 1788)*“ in der ersten Reihe der BHK „Quellen und Studien zur baltischen Geschichte“ erschienen ist.

(Auch [zum Download als PDF](#)  verfügbar.)

In Vorbereitung ist die Wiedereröffnung der zweiten Reihe der BHK „Schriften der Baltischen Historischen Kommission“ beim LIT-Verlag in Münster/Westfalen.

Verwiesen sei nochmals auf die stark erweiterte „website“ der BHK im Internet unter

www.balt-hiko.de

Die BHK wählte ihr langjähriges Mitglied Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich A. **Loeber** in Würdigung seiner Verdienste um die baltische Geschichtswissenschaft und Kultur zum Ehrenmitglied, nicht ahnend, dass die fruchtbare Zusammenarbeit nur noch knapp drei Wochen dauern sollte. Der Erste Vorsitzende sprach einen Nachruf auf das Ehrenmitglied Prof. Dr. Dr. h.c. Boris **Meissner**, geb. am 10. August 1915 in Pleskau, gest. am 10. September 2003 in Köln, und auf das Korrespondierende Mitglied Prof. Dr. Rein **Helme**, geb. am 21. Februar 1954 in Pernau, gest. am 31. Dezember 2003 in Tallinn/Reval. Auf dem Deutschen Historikertag vom 14. bis 17. September 2004 in Kiel, der speziell Polen und dem Baltikum gewidmet ist, wird die BHK mit einigen Mitgliedern in verschiedenen thematischen Schwerpunkten vertreten sein.

II. Neue Forschungen zur baltischen Geschichte

Unter dem Schwerpunkt „**Neue Forschungen zur baltischen Geschichte**“ sprach am Samstag vormittag als erster Dr. Erki **Tammiksaar** vom Karl Ernst von Baer -

Museum in Tartu/Dorpat zum Thema „*Die Affäre um den Rektor der Dorpater Universität, Karl Christian Ulmann (1793-1871), im Jahr 1842*“. Deutschbaltische Historiker sähen in der Ulmann-Affäre und dem darauf folgenden Versuch des Ministers der Volksaufklärung Graf Sergej Uvarov, die theologische Fakultät der Universität Dorpat zu schließen, den ersten ernsthaften Versuch zur Russifizierung der *alma mater*. Auf Grund des vorliegenden Quellenmaterials hätten deutschbaltische Forscher die Meinung vertreten, dass Ulmann ebenso wie vier Kollegen anderer Fakultäten aus politischen Gründen aus Dorpat verjagt worden sei. Bisher hätten deutschbaltische Wissenschaftler aber nicht erschöpfend genug die Möglichkeit erwogen, dass die Verurteilung Ulmanns weniger aus politischen als vielmehr aus persönlichen Gründen erfolgt sei. Auf Grund in Giessen, Marburg, Tartu, Tallinn und St. Petersburg aufbewahrter Archivalien konnte Tammiksaar beweisen, dass Uvarovs Massnahmen zur Stärkung der Position der russischen Kirche und der russischen Sprache an der Universität Dorpat erst nach dem persönlichen Racheakt an Ulmann erfolgten. Uvarov hat seit seinem Amtsantritt versucht, in Russland ein einheitliches Religionsbildungssystem einzuführen. Ausbildungsstätten der Priester des Russischen Reiches waren orthodoxe Seminare. Daher fehlten an den russischen Universitäten theologische Fakultäten. Uvarov habe die theologische Fakultät in Dorpat schließen und irgendwo außerhalb von Dorpat ein lutherisches Seminar gründen wollen. Diese Politik sei auf starken Widerstand der Deutschbalten gestoßen. Dass Uvarov sein Ziel nicht erreichte, sei aber das besondere Verdienst der Großfürstin Helene Pavlovna und des zu ihrem engsten Freundeskreis gehörenden Karl Ernst von Baer, Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu St. Petersburg. Dank der Großfürstin habe nämlich Baers Merkblatt „Über das proponierte evangelische Seminar“ zur Verteidigung der theologischen Fakultät in Dorpat Nikolai I. erreicht.

Als **zweiter Vortrag** folgte der Beitrag von Prof. Dr. Tiit **Rosenberg** (Universität Tartu/Dorpat) über „*Die große Hungersnot von 1868 - 1869 im Baltikum und neue gesellschaftliche Formen ihrer Regulierung*“. Die katastrophale Hungersnot von 1867 - 1869 habe auch das Baltikum, besonders die Provinzen Estland und Oesel ereilt. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Frage, wie man es bewerkstelligt habe, Mittel für die Hilfe an Hungernde aufzutreiben, und wie dies durch die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst worden sei. Ende der 1860er Jahre hätten für die russischen Machtvertreter sowie die Führer der baltischen Ritterschaften neben dem Kampf um die politisch verschärfte Sonderstellung der Ostseeprovinzen die Missernte und die Hungersnot, die dadurch hervorgerufene plötzliche Belebung der Auswanderung in Estland und der sozialwirtschaftliche Umbruch beim Übergang von dem alten Wirtschaftsmodell zu dem neuen die Hauptprobleme gebildet. Hinzu seien noch die aufkeimende estnische und lettische Nationalbewegung gekommen. Für das Reformzeitalter in Russland sei bezeichnend, dass neben der örtlichen Selbstverwaltung, die in sich mehrere Stände (Adelige, Stadtbürger und Bauern) vereinte, noch eine neue gesellschaftliche Institution ins Leben gerufen worden sei - die massenhafte, auf Privatinitiative beruhende Wohltätigkeit.

Als eine der interessantesten Erscheinungen im Zusammenhang mit der Hungersnot gelten die Entstehung und Tätigkeit der provisorischen Nothilfekomitees, die eine neue Stufe bei der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft darstellten. Neben dem am Ende des Jahres 1867 in Petersburg gegründeten Zentralnothilfekomitee seien

noch viele lokale Komitees gegründet worden, deren Tätigkeit länger dauerte - bis zum Ende der Hungersnot in Estland im Herbst 1869. Im Dezember 1867 entstand unter der Führung des Landrates Baron Bernhard Uexküll aus Fickel und des Revaler Stadtsyndikus Oskar von Riesemann das „Estländische Zentralkomitee in Reval“ mit Zweigkomitees in den Kirchspielen. Auf die Kunde von der Hungersnot in Estland und auf Oesel hätten sich in Petersburg viele Männer baltischer Herkunft vereinigt, die hohe Posten bekleideten - so Deutsche wie auch manche Russen und Esten - um zur Erhaltung der brotlosen Bevölkerungsschichten in dieser schweren Zeit mitzuwirken. Im allgemeinen seien durch das Petersburger Privatkomitee 1869 fast 100 000 Rbl. den Estländischen und Oeselschen Notstandskomitees zur Verfügung gestellt worden. In wahrhaft großartigem Maßstabe aber sei den Notleidenden Hilfe aus den Nachbarprovinzen Liv- und Kurland zugekommen. Das durch die Notstandskomitees gesammelte und den Notleidenden zugeteilte Geld und Brot habe ca. 1/4 von allen Mitteln ausgemacht, die durch Staatsorgane, örtliche Ritterschaften und die baltische Gesellschaft für die Bevölkerung Estlands und Oesels während der Notjahre beschafft worden seien.

Der **dritte Vortrag** von Dr. Olaf **Mertelsmann** (Universität Tartu/Dorpat) galt der „*Sowjetisierung des estnischen Alltags nach 1944*“. Sowjetisierung werde als eine Reihe von strukturellen, institutionellen und kulturellen Prozessen der Übertragung und Übernahme des sowjetischen Modells mit dem Ziel der Angleichung einer nichtsowjetischen Gesellschaft an die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der UdSSR verstanden. Im estnischen Fall sei die Zivilgesellschaft durch ein sechs Jahre andauerndes autoritäres Präsidialregime, die deutsche Okkupation und eine Massenflucht 1944 zusätzlich geschwächt worden. Die Erinnerung an die im Nachhinein verklärte Phase der Unabhängigkeit habe im kollektiven Gedächtnis nicht ausgelöscht werden können. Nach der dreijährigen deutschen Okkupation habe sich die Sowjetisierung in Estland seit Herbst 1944 weiter fortgesetzt. Allerdings hätten die Machthaber noch ein Jahrzehnt gegen bewaffnete antisowjetische Partisanen kämpfen müssen, und erst die Zwangskollektivierung 1949, verbunden mit einer zweiten Massendeportation, habe zur Durchsetzung ihres Machtanspruches auf dem Lande geführt. Eine Säuberungswelle von 1950 bis 1952, die sogenannte „Estnische Affäre“, habe den Einfluss einheimischer Kommunisten verringert und zahlreiche Kontinuitäten aus der Zeit der Unabhängigkeit beseitigt. Die passive Resistenz der Bevölkerung habe weitgehend in der Epoche der Destalinisierung, als die Hoffnung auf ein Eingreifen von auswärts geschwunden war, geendet und sei durch ein pragmatisches Arrangement mit den Verhältnissen ersetzt worden. Aus einer „Problemzone“ sei eine sowjetische Musterrepublik geworden. Sowjetische Praktiken und Verhaltensmuster hätten nun den Alltag bestimmt.

III. Zwischen Einheit und Zwietracht: Livland im ausgehenden Mittelalter

Am Nachmittag des ersten Tages begann der Themenschwerpunkt „**Zwischen Einheit und Zwietracht: Livland im ausgehenden Mittelalter (1450 - 1561)**“, dessen Vorbereitung und Leitung Dr. Klaus **Neitmann** (Brandenburgisches

Landeshauptarchiv Potsdam) und Prof. Dr. Matthias **Thumser** (Freie Universität Berlin) oblagen.

Nach einer Einführung von Prof. Thumser in das Thema erinnerte Prof. Dr. Ilgvars **Misāns** (Universität Riga) in seinem Vortrag über die „Organisation und den Ablauf der Livländischen Land- und Städtetage“ an die vor ca. 15 Jahren formulierte Hypothese des polnischen Historikers Jan Kostrzak, der Landtag habe nach seiner Entstehung im 15. Jahrhundert nur eine Versammlung der Vertreter der Kleinstaaten und nicht der Stände sein können, und die Umbildung des livländischen politischen Systems in ein dem Ständebündnis ähnliches System sei erst Ende des 15. Jahrhunderts möglich geworden. Gleichzeitig stellte Misāns fest, dass in den Gesamtdarstellungen der Landtag nach wie vor als eine Versammlung der vier Kurien - Prälaten, Orden, Vasallen und Städte - geschildert werde, in der jeder Stand eigene Interessen vertreten habe. Den Städtetag stellte der Referent nur aufgrund einiger Beispiele als eine Institution dar, die in Bezug auf Organisation und Ablauf gewisse Ähnlichkeiten mit dem Landtag aufweise. Die Versammlungen der Landtage seien nicht streng in vier Kurien eingeteilt gewesen; ihre Arbeit habe nicht nur aus den Vollversammlungen und Kuriensitzungen bestanden. Während der gesamten Tagung habe zwischen ihren Teilnehmern eine ständige und intensive „Kreuz- und Querkommunikation“ bestanden. Mehr noch - der Rezess des Wolmarer Landtages von 1530 wie auch andere Rezesse aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts deuteten darauf hin, dass der Landtag nicht als eine Versammlung von vier voneinander getrennten und isolierten Kurien arbeitete. Sowohl die einzelnen Städte als auch die Vasallen sollten auch ihre territorialen Interessen beachten. Das habe sich sowohl in der Sitzordnung der Teilnehmer des Landtages auf den Vollversammlungen als auch in ihrer Kooperation nach dem territorialen Prinzip (z.B. Riga und Reval - Ritterschaft des Ordenslandes - Gebietiger - Ordensmeister) widerspiegelt. Die einzelnen Teilnehmer seien sich stets der Interessen ihrer Territorialherrschaften bewusst gewesen. Misāns stellte fest, dass die Ausbildung des von Kostrzak für das 15. Jahrhundert bezweifelten Ständebündnisses auch noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht abgeschlossen war. Nach Meinung des Referenten war Alt-Livland kein Ständestaat, und der Landtag spielte die Rolle eines Bindegliedes sowohl zwischen den Ständen als auch zwischen den einzelnen Territorien des Landes.

Henrike **Bolte** (Berlin) sprach über „*Kirchliche Ämterbesetzung zwischen Papsttum, Deutschem Orden und Domkapitel: der Oeseler Bistumsstreit 1458-1469*“. Im Kampf um die Hegemonie in Livland habe der Deutsche Orden zu erreichen versucht, dass die Domkanoniker ordensfreundliche Personen zu Bischöfen wählten. 1458 jedoch hätten die Domkanoniker aus ihren Reihen Johann Vatelkane zum Bischof von Oesel gewählt. Papst Calixt III. aber habe den Generalprokurator des Deutschen Ordens an der römischen Kurie, Jodocus Hogenstein, als Bischof bestimmt. Die Delegation des Kapitels habe Klage bei der römischen Kurie erhoben, doch der neue Papst Pius II. habe entschieden, dass die Wahl Vatelkannes ungültig sei, und die Bestimmung Hogensteins bestätigt. Papstnähe, schnelle Handlungsmöglichkeiten nach Bekanntwerden der Vakanz und die Einbindung in das Beziehungsgeflecht der römischen Kurie könnten als Voraussetzungen für seinen Erfolg angesehen werden. Im Stift sei es jedoch nach Bekanntwerden der päpstlichen Entscheidung zu Ausschreitungen gekommen: Das Kapitel habe Hogenstein abgelehnt, der den

Bischofsstuhl durch Ordensvermittlung auf dem päpstlichen Pfründenmarkt errungen hatte. Der dänische König Christian I. habe nun die Oeselsche Kirche, die als offene Flanke des Deutschen Ordens galt, in seinen Schutz genommen und den Elekten Vatelkane mit Söldnern unterstützt. Hogenstein habe es nichts genützt, dass die Inhaber der Hauptpfründen durch die verhängten kirchlichen Strafen ihre geistlichen Ämter und Einkünfte bedroht sahen und sich von Vatelkane distanzieren. 1462 habe Hogenstein den Rückhalt Vatelkannes im Bistum anerkennen müssen und zugunsten seines Rivalen gegen eine lebenslange Jahresrente und Abfindungen resigniert. 1468 habe das Kapitel Bischof Vatelkane wohl wegen Veruntreuung von Stiftsgut und möglicherweise auf Initiative des Deutschen Ordens gestürzt. Hogenstein habe nach zehnjährigem Streit das Bistum Oesel von 1469 wohl bis zu seinem Tod 1471 im Sinne des Ordens geleitet.

Dr. Thomas **Brück** (Potthagen) befaßte sich mit dem „Verhältnis der Stadt Riga zum Deutschen Orden in Livland in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts“. Riga habe in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts den Status einer freien Stadt angestrebt und sei hierbei zeitweilig vom Erzbischof unterstützt worden. 1454 habe Riga den Orden erneut als alleinigen Stadtherrn anerkannt. Der Kirchholmer Vertrag, der eine Teilung der Stadtherrschaft zwischen Erzbischof und Orden vorsah, sei damit von Riga und dem Orden ignoriert worden. Trotz der Forderungen des Erzbischofs, die Vereinbarung mit dem Orden für ungültig zu erklären, habe die Dünastadt auf der Übereinkunft beharrt. Die als „Meister Osthoffs Privileg“ bekannt gewordene Urkunde vom 9. November 1454 sei bis zur Wahl Bernds von der Borch zum Ordensmeister Grundlage für die Beziehungen der Stadt zum Orden geblieben. Beider Verhältnis sei aber durch den Dreizehnjährigen Krieg (1454/66) in Preußen belastet worden. Die relativ neutrale Haltung Rigas habe während des Krieges die Beziehungen zu den Städten des Preußenlandes gefährdet. Darum sei die Dünastadt auf Distanz zum Orden gegangen und habe Unterstützung beim Erzbischof gesucht. Nach dem Sieg des livländischen Ordenszweigs über Silvester Stodewescher 1478 sowie dessen Tod 1479 habe sich der Orden auf die völlige Unterwerfung der Stadt Riga unter seine Herrschaft konzentriert. Seit 1481 habe die Stadt an der Düna nahezu permanent im Streit mit dem Deutschen Orden in Livland gelegen. Die Auseinandersetzungen seien eskaliert und hätten so zu einem Krieg geführt, in dem Riga im Frühjahr 1491 unterlag.

Auf dem Lübecker Hansetag von 1487 sei es das Ziel des Ordensmeisters gewesen, das Vorgehen des livländischen Ordenszweiges gegen Riga zu legitimieren und von der Städtegemeinschaft Unterstützung im drohenden militärischen Konflikt mit dem Großfürstentum Moskau zu erhalten. Die Hansestädte hätten sich gegenüber diesem Wunsch jedoch ablehnend verhalten, zumal sie den Kaufmannsfrieden, den die Hanse kurz zuvor mit dem Großfürsten abgeschlossen hatte, nicht gefährden wollten.

Dem Thema „*Geschichteschreiben als Anklage. Der Weißensteiner Rezeß (1478) und der Konflikt um das Erzstift Riga*“ wandte sich Prof. **Thumser** (Berlin) zu. Am 10. April 1478 habe ein Landtag des livländischen Deutschordenszweiges in Weißenstein eine Urkunde ausgestellt, die eine umfassende Anklage gegen den seit 1448 amtierenden Erzbischof von Riga, Silvester Stodewescher, enthalte. Das Dokument beinhalte eine chronologisch angelegte Darstellung des Konflikts zwischen dem Orden und dem Erzbischof. Stodewescher wird dabei in seiner

ganzen vorgeblichen Schlechtigkeit vorgeführt. Er habe sich immer wieder gegen den Deutschen Orden gewandt, dabei die Einheit Livlands mißachtet und durch sein Verhalten die Russen bewegt, das Land, ja die ganze Christenheit zu zerstören. Mit großer Wahrscheinlichkeit sei der Weißensteiner Rezess auf bestimmte Gruppen der livländischen Vasallen ausgerichtet gewesen, namentlich auf die harrisch-wierische Ritterschaft sowie auf jene des Erzstifts Riga. Vor allem letztere sei zwingend notwendig in die Ordensfront einzubeziehen gewesen, sollten die Aktivitäten Stodeweschers wirksam unterbunden werden. Tatsächlich habe sie im Frühling 1479 - nachweislich in Kenntnis des Rezesses - den Untergang Stodeweschers ermöglicht, indem sie sich von ihm abgewandt und ihn dadurch in eine ausweglose Situation getrieben habe. Die Analyse der Darstellungshaltung des strikt linear angelegten Textes zeigte, dass wesentliche Gattungsmerkmale der Chronik zwar verschiedentlich begegnen und gewiss bewusst eingesetzt wurden, diese aber ihre ganz eigene Ausgestaltung erfahren haben. Vor allem sei die Erzählung, obwohl pragmatisch auf ihren Bestimmungszweck abgestellt, durchaus literarisch ausgestaltet und zeuge vom Willen zu einer anspruchsvollen, fast schon künstlerischen Formgebung. Damit erweise sich der Weißensteiner Rezess als ein Zeugnis für die hochentwickelte Schriftlichkeit im spätmittelalterlichen Livland.

Am Sonntag setzte Dr. Juhan **Kreem** (Stadtarchiv Tallinn/Reval) den Themenschwerpunkt „Zwischen Einheit und Zwietracht“ mit dem Beitrag *„Der Deutsche Orden in Livland: Die Entwicklung des Personalbestandes im 16. Jahrhundert“* fort. Während der Visitationsbericht aus dem Jahr 1451 als Gesamtzahl etwa 200 nenne, seien genaue Zahlen für das 16. Jahrhundert nicht erhalten. Ein starker Zuwachs bis zu 400 Brüdern am Anfang des 16. Jahrhunderts könne aber bezweifelt werden. Die Verweildauer der Gebietiger in ihrem Amt habe insgesamt zugenommen. Gegen Ende der 1520er Jahre seien in den Kreis der höheren Ordensämter die Personen gelangt, darunter drei künftige Meister, die bis zum Anfang der 1550er Jahre ihre Stellung im Orden behielten. Wegen dieses Ämterwechsels könne man von verschiedenen Generationen im Orden und dementsprechend von einer Zeit relativen Stillstandes sprechen. Die Priesterbrüder seien wegen des im Vergleich zu den Ritterbrüdern schlechten Quellen- und Forschungsstandes zahlenmäßig kaum zu bestimmen. Am Anfang des 16. Jahrhunderts seien in der Kanzlei des Meisters noch überwiegend Priesterbrüder tätig gewesen. Doch schon im letzten Jahrzehnt der Regierungszeit Wolters von Plettenberg sei deutlich die später zunehmende Tendenz zu beobachten, weltliche Juristen als Kanzler und Kanzleiräte und auch als Diplomaten einzusetzen. Der Vergleich des livländischen mit dem preußischen Ordenszweig ergab deutliche Unterschiede. In Livland blieb nach Kreem die herkömmliche Ordensstruktur wegen der langen Regierungszeit Plettenbergs und des Wirkens seiner unmittelbaren Nachfolger länger erhalten. Doch hätten auch in Livland die für das spätmittelalterliche Ordenswesen allgemein typischen Wandlungen eingesetzt. Insgesamt habe der Orden versucht, sich weiter zu entwickeln und sich neuen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen.

Dr. Klaus **Neitmann** (Potsdam) referierte über *„Bürgerliche Räte und adelige Vasallen im Dienste der Ordensmeister. Ein Beitrag zu den Verfassungs- und*

Verwaltungsstrukturen der livländischen Deutschordensherrschaft im 16. Jahrhundert. Zur Behandlung der allgemeinen Landesangelegenheiten seien als wichtigstes Arbeitsinstrument des Meisters eine fest organisierte und hierarchisch gegliederte Kanzlei zu finden; es begegneten uns in größerer Anzahl Kanzler, Vizekanzler, Sekretäre und Schreiber. Soweit überhaupt ermittelbar, sei das Kanzleipersonal bürgerlicher Herkunft gewesen und habe dem Laienstand entstammt. Für einige Kanzler und Sekretäre sei sicher nachweisbar, dass sie aus dem Deutschen Reich stammten, da Livland selbst, ohne höhere Lehranstalt oder Universität, die Bildungsanforderungen an die Kanzleitätigkeit nur unzureichend mit eigenen Landeskindern zu erfüllen vermochte. Eine Reihe von Kanzleiangehörigen habe ein Universitätsstudium absolviert; das gelehrte Niveau herausragender Kanzleien in den deutschen Territorien habe der Ordensmeister nicht erreicht. In den Aufgabenfeldern sei zwischen den Kanzlern und Sekretären kein prinzipieller Unterschied auszumachen.

Im 16. Jahrhundert, so der Referent, standen die Gebietiger nicht mehr allein neben dem Ordensmeister (und seiner Kanzlei) als dessen Ratgeber; es tauchten seitdem in den Quellen vielmehr ausdrücklich so genannte Räte der Ordensmeister auf, die der Vasallenschaft entstammten, somit als weltliche Räte einzuordnen seien. Diese Räte hätten ihren Ursprung in der landesherrlichen Absicht, zur Ergänzung des sachkundigen Personals in den anfallenden Regierungs- und Verwaltungsgeschäften auf von ihnen selbst ausgewählte Kräfte aus der Vasallenschaft zurückzugreifen. Die adeligen Räte seien in die Dienste des Meisters eingetreten, wie durch ihren ihm geleisteten Eid bezeugt werde, und seien in seinem Auftrag und nach seinem Befehl eingesetzt worden. Sie seien als neues Element der Verfassungsordnung einzuschätzen, denn bis in die letzten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts seien der Überlieferung keine eindeutigen Hinweise auf eine aus Vasallen bestehende Ratsgruppe oder auf einzelne ratgebende Personen zu entnehmen, während bereits zu Zeiten Wolters von Plettenberg von einem festen Ratsgremium neben den Gebietigern ausgegangen werden könne. Die Regierungsstrukturen der livländischen Ordensherrschaft im 16. Jahrhundert hätten sich somit derjenigen der deutschen Territorialfürstentümer stark angenähert. Freilich hätten die im Reich fortgeschritteneren Verwaltungsstrukturen der Vorreformations- und Reformationszeit in Livland keinen Eingang mehr gefunden.

Sodann stellte Dr. Dieter **Heckmann** (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin) die „*Internet-Edition der Livonica des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz* als Beitrag zur Schließung der Überlieferungslücke zwischen den Jahren 1510 und 1525“ vor. Seit dem Jahr 2000 hat der Referent im Rahmen der Bearbeitung des Virtuellen Preußischen Urkundenbuches mit der Netzanschrift

www.rrz.uni-hamburg.de/Landesforschung/orden.html

damit angefangen, die Überlieferungslücke zwischen den Jahren 1510 und 1525 zu schließen. Aus arbeitsökonomischen Gründen hat er mit der kritischen Abschrift der kopyalen Überlieferung in den Ordensfolianten des Historischen Staatsarchivs Königsberg begonnen, die bereits bis zum Bezugsjahr 1516 im Internet zur Verfügung steht. Nach der Erfassung aller Livonica in den Folianten soll im zweiten

Schritt die Einbeziehung der losen Überlieferung im Ordensbriefarchiv des Historischen Staatsarchivs Königsberg die Erschließungsarbeit vervollständigen. Danach ist - falls von der Forschung gewünscht - die von der Technik unabhängige Sicherung in Form eines Druckwerks vorgesehen. Zu den großen Vorteilen dieses neuen Erschließungsweges gehört - so der Referent - die Verzahnung der erprobten Methoden mit den Möglichkeiten der modernen Technik ohne den Nachteil einer langen Erscheinungsdauer. Die weltweite Nutzergemeinde könne nämlich nach der Einspeisung jedes einzelnen Stückes ins Internet unmittelbaren Zugriff darauf haben. Da jedes Stück im Netz u. a. mit einer Nummer, dem Namen des Bearbeiters und dem Bearbeitungsstand eindeutig gekennzeichnet ist, sei es auch zitierfähig. Weitere Vorteile seien neben dem fast unbegrenzten und kostengünstigen Speicherplatz die Dreidimensionalität, die bei jeder Nummer das Hintereinanderschalten von ein- und abblendbarer Mehrfachüberlieferung oder von gescannten Vorlagen-Abbildungen zulasse, sowie die standortunabhängige Bearbeitung. Diese ermögliche u.a. eine langfristige pertinenzbezogene Erschließung, von der sich bei Bedarf ohne großen Aufwand fondsbezogene Teile abscheiden und getrennt veröffentlichen ließen.

Dr. Stefan **Hartmann** (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin) berichtete über „*Die livländische Koadjutorfehde 1555-1557 im Spiegel des Herzoglichen Briefarchivs im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin*“. Grundlage bildeten die von ihm gefertigten Vollregesten der Abt. „Livland“. Im Mittelpunkt der Ausführungen standen das langjährige Ringen zwischen dem Deutschen Orden und den Rigaer Erzbischöfen, das in der livländischen Koadjutorfehde seinen Höhepunkt erreicht habe. Die kriegerischen Auseinandersetzungen hätten in der Gefangennahme Erzbischof Wilhelms und seines Koadjutors Christoph von Mecklenburg durch den Orden gegipfelt, der allerdings seine Vormachtstellung in Livland nicht habe bewahren können, sondern vor allem auf polnischen Druck die beiden gefangenen Fürsten freigelassen habe und das Rigaer Erzstift räumen musste. Die Beendigung der Streitigkeiten im Frieden von Pozwol habe zwar zur völligen Restitution Erzbischof Wilhelms geführt, das neue Bündnis zwischen dem Orden und dem König von Polen gegen Zar Iwan IV. (den Schrecklichen) von Moskau habe aber den mit dem Russeneinfall verbundenen verheerenden Livländischen Krieg ausgelöst, an dessen Ende der Untergang des baltischen Mittelalters und der Selbständigkeit Livlands stand. Die Koadjutorfehde lasse durch ihre Beziehung zu zahlreichen europäischen Mächten erkennen, dass der livländische Raum zum Schauplatz und Gegenstand großer internationaler Politik geworden sei.

Die **Zusammenfassung der Vorträge** besorgte Dr. Alfred **Ritscher**, Magdeburg.

Der Erste Vorsitzende dankte abschließend allen Vortragenden und Helfern. Er lud ein zum **58. Baltischen Historikertreffen, 21. - 22. Mai 2005, Göttingen**

Dieser Bericht ist auch erschienen in:

Baltische Briefe: Nr. 7/8 (Juli/August) 2004.